

## Energiewirtschaft

# Falsche Freunde oder „E“ wie ewiggestrig

Die Energiekonzerne versuchen verzweifelt ihre Marktmacht zu behaupten. Doch ihre Chancen sind gering

**Um Vorschläge zum Klimaschutz sind sie nicht verlegen. Sie wollen die Laufzeiten ihrer alten Atommeiler verlängern, effiziente Kohlekraftwerke bauen oder das Kohlendioxid am besten gleich ins geologische Nirgendwo abscheiden. Doch die Energieriesen finden immer weniger Gehör. Über Lösungen, die keine sind. ■ VON GERD ROSENKRANZ, DEUTSCHE UMWELTHILFE**

Natürlich plädiert auch Jürgen Hambrecht für „nachhaltiges Wirtschaften im Dienste des Klimaschutzes“. Einerseits. Andererseits verblüfft der Chef des Chemiekonzerns BASF die Öffentlichkeit mit der steilen These, dass das 12. Jahrhundert „das erfolgreichste war für die Menschen in Europa“ – und gleichzeitig das wärmste. Also am besten weiterheizen für noch mehr Erfolg? Das nun auch wieder nicht, widerspricht der BASF-Chef. Denn die Ressourcen Öl und Gas müssten ohnehin eingespart oder effizient eingesetzt werden, wenn nicht für den Schutz der Atmosphäre, so doch weil sie irgendwann zu Ende gehen. Mit seinem Eiertanz zwischen Klimaschutzbekenntnis und dumpfem Unglauben, dass es überhaupt ein Problem namens Klimawandel gibt, offenbart Hambrecht, der immerhin als einflussreicher Kanzlerinnen-Berater gilt, unfreiwillig das Grunddilemma der deutschen Traditionswirtschaft. Es ist geprägt von einem taktischen Verhältnis zum Klimawandel. Und das seit vielen Jahren.

### Bangen um Einfluss

Ob man in den Chefetagen an die hausgemachte Erderwärmung glaubt oder nicht, hängt davon ab, welche Therapie die Politik gegen das globale Fieber empfiehlt. Solange sie dem eigenen Unternehmen bilanziell oder propagandistisch weiterhilft, ohne das hergebrachte Geschäftsmodell zu stören, ist das in Ordnung. Sofern die Therapie jedoch praktische Konsequenzen, einen Wandel der Unternehmensstrategie und damit die unternehmerische Phantasie der Manager

herausfordert, ziehen sie es vor, sich nach einem anderen Doktor umzusehen.

Doch diese Suche ist prekär und nahezu aussichtslos geworden. Denn seit eine CDU-Kanzlerin publikumswirksam ihren eigenen Kurs zur Eindämmung der Jahrhundertherausforderung Klimawandel sucht, erscheint den klimapolitisch reaktionären Industrieoberen selbst die Hoffnung auf eine schwarz-gelbe Regierungsvariante nach 2009 nicht mehr verheißungsvoll. Noch dazu gehört die Förderung der in Managerkreisen mehr erlittenen als begrüßten erneuerbaren Energien neuerdings zum klimapolitischen Bekenntnishaushalt aller Parteien. Die Manager der Großkonzerne werden derzeit im Kanzleramt nicht mehr als Stichwortgeber empfangen: Den lautstark inszenierten Aufruhr „De-Industrialisierung Deutschlands!“ gegen die von der Regierung proklamierte Verdoppelung der Energieproduktivität zwischen 1990 und 2020 degradierte die Kanzlerin beim Energiegipfel Anfang Juli mit der lapidaren Aussage „ein ‚Weiter-so‘ kann es nicht geben“ im Vorbeigehen zum Zwergenaufstand. Udenkbar unter einem Kanzler Gerhard Schröder. Auch der plumpe Versuch der Atomkraftbetreiber, die Kanzlerrunde mit einer rekordverdächtigen Anzeigenkampagne zum Treibsatz ihrer Renaissanceträume umzufunktionieren, entlud sich als Rohrkrepierei. Und zwar schon vor dem „Fall Vattenfall“: Die Leute erinnerten sich an die Strompreiserhöhungen jüngst und ahnten, wer die großen Propagandaflächen von „Deutschlands ungeliebten Klimaschützern“ in Zeitungen und Bahnhöfen bezahlt hatte. Nämlich sie. Fast scheint es, als sei der Kampf um den

Klimaschutz in Deutschland und Europa bereits gewonnen, als schlug sich der mehrheitliche Volkswille nun endlich auch in den praktischen Entscheidungen der Politiker nieder. Chemieindustrie, Bergbau, Automobilhersteller und an vorderster Front die über Jahrzehnte mit einem geradezu hegemonialen Einfluss auf die Politik ausgestattete alte Energiewirtschaft verlieren mit Rasanz an Reputation und Fürsprecher. Dazu haben lange vor Vattenfalls Fall alle Großen der Branche beigetragen – durch strategische Arroganz. Denn nicht nur den privaten Haushaltskunden blieben die Stromherren eine schlüssige Erklärung für enorme Preisschübe, bei parallel explodierenden eigenen Gewinnen, schuldig. Auch die Großkunden aus der Industrie reagierten empört. Bis in die Bundesvereinigung der Deutschen Industrie (BDI) hinein verbreitete sich der Spaltpilz zwischen stromintensiver Industrie und Energiewirtschaft. Das führte dazu, dass sich die wirtschaftsnahe Öffentlichkeit ebenso gegen die Energieriesen stellte wie ein Teil der Wirtschaftsfreunde aus CDU/CSU, SPD und vereinzelt sogar der FDP. Der desaströse Ansehensverlust des Vattenfall-Konzerns nach den Zwischenfällen in den Altreaktoren Krümmel und Brunsbüttel in diesem Sommer verschärft nur den Trend: Die einst Unberührbaren werden zu Buhmännern der Nation. Trotzdem ist die Vorstellung naiv, die Spitzenmanager der Kohle- und der Energiewirtschaft, der Metall-, der Automobil- und der Chemieindustrie, die Chefs der Industrieverbände BDI und DIHK (Deutsche Industrie- und Handelskammer) und die Arbeitnehmerfunktionäre der Industriegewerkschaft

Bergbau, Chemie und Energie würden nun kleinlaut Konsequenzen ziehen und Klimaschutz als dauerhaften Faktor der betriebs- und volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ernsthaft ins Kalkül ziehen.

### Letztes Aufbegehren

Den Managern der deutschen Ökonomie schwant zwar inzwischen, dass der Spuk mit dem Klimawandel nicht wie erhofft einfach vorübergeht. Sie ahnen schlecht gelaunt, dass der Exportweltmeister Deutschland im globalisierten Markt nicht als Land der Kohlekumpel, sondern eher als das der Windräder erfolgreich sein wird. Sie wissen wohl auch, dass es für Aluminiumhütten in der Welt bessere Standorte gibt als Essen oder Hamburg und die erwartete Verdoppelung der globalen Kraftfahrzeugflotte bis 2040 nicht mit übermotorisierten „Premiumfahrzeugen“ aus heimischer Produktion bewältigt werden kann. Doch bis die neuen Umweltbranchen den ihrer Wachstumsdynamik entsprechenden Einfluss auf die Politik und in den Verbänden der Wirtschaft gewonnen haben, soll noch ein letztes Mal kräftig zugelangt werden – wenn es nicht anders geht, auch unter der Fahne des Klimaschutzes. Zuallererst mit Deutschlands ungeliebten Klimaschützern, den Atomkraftwerken (AKW), die nach dem Krümmel-Brunsbüttel-Desaster hierzulande so verrufen sind, wie es sich die Werbetexter bei der Konzipierung ihrer hübschen PR-Kampagne gar nicht haben träumen lassen. Kurt Beck blamierte sich schwer mit der Behauptung, sie würden genauso viel klimaschädliche Gase ausstoßen wie Braunkohlekraftwerke. Das Öko-Institut ermittelte kürzlich über den gesamten Lebenszyklus eines Atomkraftwerks einen Ausstoß von nur 32 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde Strom (g CO<sub>2</sub>/kWh), gegenüber einem aktuellen Braunkohlekraftwerk mit mehr als 1.000 g CO<sub>2</sub>/kWh. Trotzdem hat Beck recht, nur nicht so, wie er denkt. Denn die AKW-Laufzeitverlängerung wäre mit zu erwartenden Sonderprofiten zwischen gut 200 und gut 400 Millionen Euro pro Jahr nicht nur eine weitere Lizenz zum Geld-

drucken für die Atomkraftbetreiber, sie wäre gleichzeitig eine Lizenz zum klimapolitischen und energiewirtschaftlichen Nichtstun. Die ökologische Innovationsdynamik am Energiemarkt der letzten Jahre geriete unter den Druck der abgeschriebenen AKW, die in der Tat konkurrenzlos billig produzieren. Auch der eben erst abgeflaute Widerstand der Traditionswirtschaft gegen den Boom der erneuerbaren Energien würde schlagartig wieder aufleben, um Stromüberkapazitäten und Preiseinbrüche zu vermeiden. Fazit: Altreaktoren sind hierzulande nicht nur ungeliebte Klimaschützer, mittelfristig wären sie, weil sie ineffiziente Energiestrukturen zementieren, überhaupt keine Klimaschützer. Ähnlich verhält es sich mit der neuen Generation von Kohlekraftwerken, die nun kurzfristig die Kohlemeiler aus der Nachkriegsära des vergangenen Jahrhunderts ersetzen sollen. Auch sie werden – wo immer Planungen bekannt werden – wenig geliebt. Zum einen sehen die AnwohnerInnen, dass der von den Konzernen versprochene Eins-zu-eins-Austausch alt gegen neu – der selbstverständlich wegen der Technologieentwicklung eines halben Jahrhunderts zu weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilowattstunde führen würde – gerade nicht stattfindet. Stattdessen werden häufig Meiler mit zwei- bis vierfacher Kraftwerksleistung projektiert. Zum anderen wissen die Menschen, dass die Planungen in unauflösllichem Widerspruch zu den langfristigen Klimazielen stehen, die der EU-Rat in Brüssel und der G8-Gipfel eben erst ausriefen. Dutzende neue Kohlekraftwerke bestehen ebenso wenig wie der Ruf nach AKW-Laufzeitverlängerungen den Lackmus-Test, der zwischen tatsächlichem und vorgeschobenem Klimaschutz entscheidet: Würde die Planung von Kohlekraftwerken oder Reaktorlaufzeiten ohne Klimawandel anders aussehen? Nein. Sie würden nur anders begründet, nämlich mit der Notwendigkeit, knappe Ressourcen zu schützen. Eine Anfang Juli 2007 erschienene Studie kommt zum Ergebnis, dass neue Kohlekraftwerke unter den Rahmenbedingungen einer ernsthaften Klimaschutzstrategie ihre Kosten nicht mehr

einspielen werden. Viele neue Kohlekraftwerke werden demnach nicht nur Kohle, sondern auch viel Geld verbrennen.

### Auf alten Gleisen in die Zukunft

Bleibt die in Deutschland von den Konzernen RWE und Vattenfall Europe propagierte und in Demonstrationskraftwerken vorbereitete CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Ablagerung. Sie ist – wenn überhaupt – nur in zweiter Linie eine Klimaschutzmaßnahme. In erster Linie soll sie die für das Klima verheerende Ausbeutung weiterer Braunkohlelagerstätten für die kommenden 50 Jahre legitimieren. Einmal ganz abgesehen von einem Strauß offener Fragen, kommt die neue Großtechnik für den realen Klimaschutz in Deutschland voraussichtlich zu spät. Funktioniert die Abdichtung der Lager über lange Zeiträume oder werden sie eine Gefahr für Mensch und Natur? Wie weit reichen die Lagerkapazitäten? Wie gestaltet sich eine Rechtsgrundlage, die die Öffentlichkeit angemessen beteiligt und trotzdem jahrzehntelange Verzögerungen bei der Realisierung vermeidet? Der Versuch der traditionellen Energiewirtschaft und Branchen wie der Automobilindustrie, unter der Fahne des Klimaschutzes auf alten Gleisen in die Zukunft zu reisen, trägt Züge eines Nachhutgefechts der industriellen Gestrigkeit. Nur leider hat diese Strategie das Zeug, den klimapolitischen Fortschritt weitere ein bis zwei Menschen- und Technologiegenerationen aufzuhalten. Diese Zeit – sagen die Klimawissenschaftler – haben wir nicht mehr.

Gerd Rosenkranz ist Werkstoffwissenschaftler und Journalist. Nach seiner Referententätigkeit für die Grünen in Nordrhein-Westfalen, widmete er sich als Experte für Umwelt- und Energiethemen journalistischen Aufgaben. Dafür erhielt er 2004 mit Kollegen den Egon-Erwich-Kisch-Preis. Seit 2004 ist er bei der Deutschen Umwelthilfe für die Bereiche Umwelt, Energie und Kommunikation verantwortlich.

Kontakt: Gerd Rosenkranz,  
Deutsche Umwelthilfe,  
Fon +49/30/25 89 86 -15,  
mobil +49/171/56 60 577,  
E-Mail rosenkranz@duh.de

